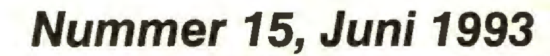

ZK
Nummer 15
Juni 1993
Kost nix
Das Info aus der Flora
BVerfGERICHT
Wir dienen der Nation



Das Info aus der 

Nummer 15, Juni 1993

INHALT

3 BRD im Rückwärtsgang
4 Zum Paragraphen 218
5/6 Faschoangriffe auf linke Zentren: AJZ Homburg, AJZ Bielefeld, JAZ Rostock
7 Tag X in Hamburg
8 Zur Aktion der Roma und Cinti in Neuengamme
9 Blitz, Autonomes Zentrum in Oslo
10 LeserInnenbrief
11/12 Schüsse auf Anti-EG-DemonstrantInnen in Kopenhagen
13-15 Ein neuer Atomkonsens
16/17 Termine, Adressen, Infos
18 Zur Perspektive des Stadtteilplenums

Die Leute, die Förderabos für das Zeck eingerichtet haben, sollen sich nochmal bei uns melden, da die Kontoauszüge mit den Adressen verlorengegangen sind.

KONTAKT:
ZECK
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
2000 Hamburg 50

Fotos vom Foto-Archiv-Kollektiv

Flora / Hafen - hausmitteilungen

Es hat sich auch im letzten Monat nichts in Sachen Senatsentscheidung betreffs Flora geändert. Zu sagen bleibt nur:

- Die Stadtteilkulturzentren sind vom Senat von der Zuständigkeit der Kulturbehörde in die der Bezirke übertragen worden. (Ob das zu unserem Vor- oder Nachteil ist, können wir noch nicht abschätzen.)
- Was das Neuwahlenspektakel der HERRschenden heißt, ist ebenfalls unklar. Daß die erstmalig für April angesetzte Entscheidung deswegen erst im September fällt ist Spekulation.

Zudem darf der Umstand, daß der Senat eh erst in ein paar Monaten über die Flora entscheidet, kein Grund sein, die Hände in den Pril zu legen.

AM TAG DER SENATSENTSCHEIDUNG 18 UHR TREFFEN FLORA

ROTE FLORA BLEIBT!

Neues zum Hafen:
Nach dem Rechtsentscheid des OLG, das den Weg zur Räumung freigemacht hat, wird es jetzt doch noch eine mündliche Verhandlung geben: Am 7.Okt 93.
Vor der Wahl im September also keine Räumungsurteile.
HAFEN BLEIBT!



Im ZECK-Ordner befindet sich diesmal ein längeres Papier aus Freiburg, das sich mit der Enttarnung von zwei LKA-Bullen befaßt.
Wir finden diesen Text wichtig, weil dort einiges zum Thema Undercover-AgentInnen in offenen linksradikalen Strukturen drin steht, können ihn jedoch wegen der Länge nicht abdrucken.



BRD IM RÜCKWÄRTSGANG

- Am 26.5.93 beschloß der Bundestag die Abschaffung des Asylrechts und die Abschottung der BRD vor den Opfern der zum Großteil von ihr verurschten Armut und vor politisch verfolgten Menschen aus dem Trikont und anderswo.
- Am 27.5.93 bestätigte der Bundesrat die Streichung des Menschenrechts Asyl aus der bundesdeutschen Verfassung.
- Am 28.5.93 fällten die 7 Männer und eine Frau des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe ein Urteil gegen das Selbstbestimmungsrecht der Frau, indem sie die eingebrachte Reform des §218 in Teilen als verfassungswidrig erklärten. Das Verbot eines Schwangerschaftsabbruches wurde verschärft und ein Zwei-Klassen-Recht geschaffen. Frauen mit Geld haben's wie gewohnt leichter, wenn jetzt die Krankenkassen außer bei Vergewaltigung oder medizinischer Indikation eine Abtreibung nicht mehr bezahlen dürfen. Den Beratungsstellen wird per Gesetz vorgeschrieben "für das ungeborene Leben" zu raten.
- Ebenfalls am 28.5.93 wurde die Einführung sechs sogenannter "Karenztage" im Jahr als "Finanzierungsmöglichkeit des Anteils der Arbeitgeber an der neuen Pflegeversicherung" festgelegt. Die ersten zwei Krankheitstage sollen drei mal jährich lohn- und gehaltlos bleiben. Menschen sollen so noch besser verwertbar für die kapitalistischen Prinzipien hier gemacht werden.
- Von den wieder aufgenommenen Bundeswehreinsätzen außerhalb der Nato-Gebiete redet schon fast kein Mensch mehr. Auch hierzu wird die "hochgelobte" bundesdeutsche Verfassung geändert und noch unglaublicher, größenwahnsinniger und unmenschlicher gemacht werden, als sie es eh schon ist.
- Die Aufzählung ist mit steigenden Mieten, Streichung von ABM-Stellen, Schengener Abkommen usw. fast endlos fortführbar.

Die BRD wird so nach und nach, mehr oder weniger stillschweigend, von Bonn aus (unter tatkräftiger Mithilfe rassistischer Bürgermobs und neofaschistischer Organisationen) immer weiter in die Richtung einer diskriminierenden, rassistischen, menschenverachtenden Großmacht gelenkt.

Die BRD geht diesen Weg nicht alleine. In allen westeuropäischen Ländern werden unter dem Deckmäntelchen der "europäischen Einigung" alle sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte im Sinne des Kapitals in Richtung einer Zweidrittelgesellschaft zurückgeschraubt.

WERDET WÜTEND UND AKTIV GEGEN DIESE UND ALLE ANDEREN SCHWEINEREIEN!!!!
VERHINDERN WIR DEN ERNEUTEN AUFBAU DER REAKTIONÄREN GROSSMACHT DEUTSCHLAND!!!





Richterterror muß nicht sein - Kastration auf Krankenschein !

Am 28.05.1993 entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über den § 218. 7 Männer und 1 Frau fällten ein eindeutiges Urteil gegen alle Frauen und ihr Recht auf Eigenverantwortlichkeit und Selbstbestimmung, indem sie beschlossen, daß

- eine Abtreibung außer bei Vergewaltigung oder Gefahr für Mutter und Kind nicht mehr von der Krankenkasse bezahlt werden darf
- und daß die Fristenlösung nicht zulässig ist.



Die Entscheidung ist mit zwei Gegenstimmen gefaßt worden. Die befragten Gutachter sowie ein Verfassungsrichter mit SPD-Parteibuch, sind seit Jahren in der "Lebensschutzorganisation" engagiert gewesen. Der Richter ist ausgetreten um keinen Befangenheitsantrag zu riskieren.

In Hamburg haben sich nach dem Urteil spontan ca 200 Frauen vor der Petri-Kirche zum Protest versammelt.
Dieses Urteil ist patriarchial, frauenfeindlich und mittelalterlich. Ein solch reaktionäres Abtreibungsverbot wird nur noch durch die Gesetze in Irland, Polen und Spanien übertroffen.

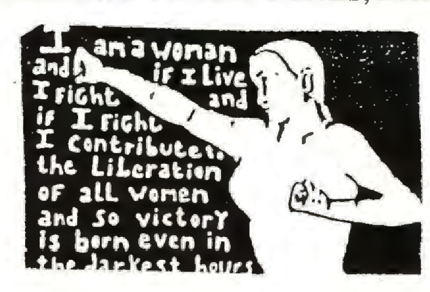


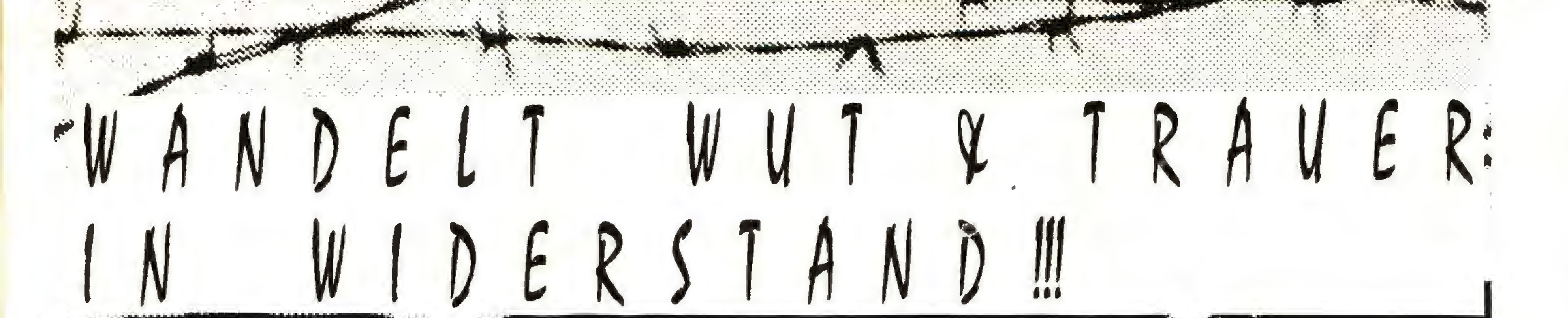
- Es ist menschenverachtend Frauen in einer Notlage wie einer ungewollten Schwangerschaft einen Abruch so zu erschweren, daß sie entweder tausende von Mark aufbringen müssen oder sich der Gefahr aussetzen, strafrechtlich verfolgt zu werden.
- Es ist eine unglaubliche Arroganz des vorherrschenden Patriarchats in diesem Staate, Frauen somit die Fähigkeit abzusprechen und die Möglichkeit zu nehmen ihr Leben selber gestalten zu können.
Solche Gesetze sind diktatorische diskriminierende Mittel Frauen gegenüber.
- Es ist mehr als eine Anmaßung der Männer in diesem System, Entscheidungen, die nur Frauen zustehen, weil nur sie sie treffen können, zu fällen und die Bedürfnisse und Gefühle der Betroffenen damit vollständig zu ignorieren.

Wir fordern:

WENN VERBOT DES SCHWANGERSCHAFTSABBRUCHES, DANN EBEN SCHWANZ AB!!!

einige Frauen der ZECK





WANDELT WUT & TRAUER: IN WIDERSTAND!!!

Am Pfingstwochenende gab es schon wieder etliche faschistische Angriffe auf MigrantInnen. Bei einem Brandanschlag in Solingen sind fünf Menschen ermordet worden, weitere wurden verletzt.
Die Morde, drei Tage nach der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl durch Bundestag und Bundesrat, sind eindeutig so zu werten, daß die Faschisten in diesem Lande sich in ihrer Ideologie durch den Staat bestätigt fühlen. Die Politik aus Bonn ist rassistisch und schürt Rassismus.
DIE BRANDSTIFTER SITZEN IN BONN !!!

WIR SIND TRAURIG UND WÜTEND!
SCHAUT NICHT WEG - GREIFT EIN GEGEN RASSISTISCHEN ALLTAG !!!
LEISTET ORGANISIERT UND KONTINUIERLICH WIDERSTAND !!!
KAMPF DEM FASCHISMUS UND RASSISMUS AUF DER STRASSE UND DEM STAATLICHEN RASSISMUS !!!

Im Folgenden dokumentieren wir drei Pressemitteilungen zu Überfällen auf linke Zentren in verschiedenen Städten der BRD im letzten Monat.
Wir drucken diese ab, um allen LeserInnen nochmal ins Gedächnis zu rufen, daß faschistische Angriffe nicht bei den Morden von Mölln oder Berlin stehen geblieben sind, sondern Monat für Monat weitergehen und mittlerweile alle Menschen treffen, die nicht in das Weltbild der Alt- und Neofaschisten passen.
NICHTS VERGESSEN - NICHTS VERGEBEN !!!

Faschistischer Angriff auf das AJZ Homburg

In der Nacht vom 17. zum 18. 4. wurde das Autonome Jugendzentrum Homburg Ziel eines rechtsradikalen Anschlags.
Gegen 4 Uhr Sonntags morgens drangen ca. 10 Personen in das Gebäude ein.Im Erdgeschoß verwüßteten sie Mobiliar und beschädigten Wände. Da wir auf Grund der Hetze von Lokalpolitikern und Medien ständig mit solchen Angriffen rechnen müssen, hatten wir an diesem Wochenende (Neonazis feierten im ganzen Bundesgebiet Adolf Hitlers Geburtstag) eine Nachtwache im Jugendzentrum.
Von dem beträchtlichen Lärm alarmiert, lief der junge Mann mit seinem Hund nach unten. Die Randalierer knüppelten sofort mit Prügeln und Fäusten auf ihn ein. Die Angreifer waren allesamt nicht vermummt und von ihrem Äußeren der Hool-Szene zuzuordnen. Verfolgt von zwei Schlägern gelang dem jungen Mann trotz leichter Verletzungen die Flucht.
Die anderen Angreifer begaben sich in den ersten Stock des Gebäudes. Dort wurde das Mobiliar zerschlagen, Lampen wurden zerstört. Die Thekenkasse mit den Einnahmen dieses Abends wurde gestohlen. Getränke wurden gestohlen. Die Tür zum Photolabor wurde aufgebrochen, Chemikalien auf den Boden gekippt. Türrahmen wurden aus den Wänden gerissen, die Türen allesamt eingetreten. Der Kraftraum wurde verwüßtet. Gewichte aus dem Kraftraum wurden in Wände geworfen. Die Tür zum Infoladen wurde aufgebrochen. Der Infoladen wurde total zerstört, die Regale aus den Wänden gerissen. Bücher und Broschüren im Raum umher geworfen. Die Wände wurden mit Farbe beschmiert. Unter anderem wurden ein Hakenkreuz, ein Keltenkreuz und der Schrifftzug Hom Hools (Homburger Hooligans) an eine Wand geschrieben. T-Shirts und Geld wurden gestohlen.
Insgesamt entstand ein Sachschaden von ca. 50000 Mark.

Die Polizei wurde nicht eingeschaltet, da Polizei und Staatsanwaltschaft bei ähnlichen Überfällen in der Vergangenheit auf das AJZ offensichtlich überfordert waren.

Bis zum heutigen Tag wurde noch keiner der Täter, obwohl zum Teil namentlich bekannt, vor Gericht gestellt oder gar verurteilt.
Weitere Infos ab Montag den 19.4. ab 18 Uhr im AJZ unter 06841/62054.
Wir stehen für Interwiews zur Verfügung. Photos der Schäden sind in Entwicklung oder können noch gemacht werden.
AJZ Homburg

Zum AJZ Bielefeld

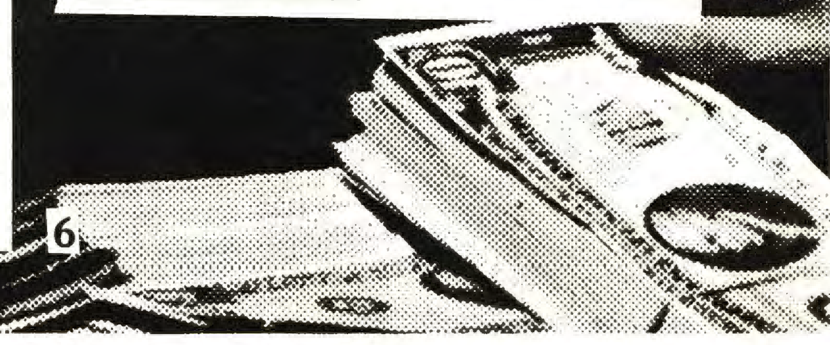
Presseerklärung
Zu den Vorfällen vor dem AJZ (Bielefeld) am Morgen des 3,4,93
Um 7.30 gingen drei AJZ-BesucherInnen die Flachsstraße entlang. Diese wurden von etwa 10 Hools, die auf dem Parkplatz in der Carl Severing Schule standen erst angepöbelt, dann bedroht. Zur gleichen Zeit kam ein Streifenwagen von der Heeperstr. und hielt vor dem Parkplatz. Die Hools zogen sich in ihren Wagen zurück und die AJZ-Besucher gingen erleichtert weiter.
Da es lange her ist, daß AJZ-BesucherInnen auf dem Heimweg bedroht wurden, ist dieser Vorfall den letzten verbliebenen AJZ-Besuchern berichtet worden, um diese vor der möglichen Konfrontation mit den Hools zu warnen.
Daraufhin sind etwa 12 Leute vor das Zentrum gegangen, um zu gucken, ob noch mit einer Gefahr zu rechnen ist.
Zwei der Hools standen auf der Heeperstr. und rannten sofort auf die kleine Gruppe zu. Im gleichen Moment schnellten 5 Streifenwagen aus einer Seitenstraße heraus, versperrten den Rückweg und umstellte die Gruppe. Unter Mithilfe der Hools nahmen die Bullen 4 AJZ-BesucherInnen fest. Sie legten die 4 Personen auf die Straße und legten ihnen Handschellen an.Einer der Festgenommenen wurde, als er auf dem Boden lag, mit vier Knüppelschlägen auf den Oberkörper brutal geschlagen. Bei der Festnahme versäumten die Bullen, den 4 Personen ihre Rechte vorzulesen, da diese sowieso ihre Rechte genau kennen würden.
Einige Frauen, die bei der Aktion dabei waren, wurden von den Bullen als 'linke Fotzen' beschimpft. Den vier Festgenommenen wurde im Präsidium vorgeworfen, drei Frontscheiben von Autos der Hools zerschlagen zu haben. Es wurden willkürlich irgendwelche AJZ-BesucherInnen festgenommen, die in keinster Weise etwas mit den kaputten Scheiben zu tun gehabt hatten.
Alle Festgenommenen hatten ein paar Dutzend Zeugen, die beweisen konnten, daß niemand der Personen im AJZ etwas mit den Scheiben zu tun gehabt hat. Als dieses von dem Gefangenen vorgebracht wurde, dem die Bullen androhten, ihn gleich für ein paar Tage einzusperren, damit es endlich von der Straße sei, meinten ein paar Polizisten, daß diese Zeugen überhaupt nichts beweisen würden, da das 'Pack' aus den AJZ doch immer zusammenhielte.
Den Festgenommenen wurde ferner gesagt, daß eine Gegenüberstellung mit zwei Zeuginnen, welche den Vorfall um 7 Uhr bei den Autos beobachtet hatten, stattfinden soll.
Tatsächlich aber wurden die Vier den Hools gegenübergestellt. Die Hools beschuldigten einen der Festgenommenen bei dem Zerschlagen der Autofrontscheibe gesehen zu haben. Dieses ist eine glatte Lüge. Die drei Personen, die nicht fälschlich belastet wurden, konnten nach der Schikane im Präsidium gehen. Die eine Person, die von den Hools einfach beschuldigt wurde, konnte eine Stunde später das Präsidium verlassen, bekommt aber eine Anzeige wegen Sachbeschädigung.
Ihn ließen die Polizisten wohl nur frei, da sie Angst vor einem Disziplinarverfahren hatten wegen ihrer äußerst brutalen Festnahme gegenüber genau dieser Person, aber auch wegen mangelnder Rechtfertigung in der Öffentlichkeit.

Diese Erklärung und Beschreibung der Tatsachen führt genau den Verlauf der Geschehnisse deutlich auf, kann aber nicht sämtliche Hintergründe und Repressionsschritte seitens der Bullen gegen das AJZ darlegen.)



Pressemitteilung zur Situation in Rostock

12.5.,13 Uhr
Nachdem am Dienstag letzter woche ein Zerstören des JAZ (Außer den Scheiben des nebengelegenen Frauenzentrums) durch ca. 60, Angreifer durch eine militante Abwehr verhindert werden konnte, gab es für heute, Mitwoch, eine erneute Mobilisierung unter Rostocks rechts eigestellten Jugentlichen in Rostocks Jugendclubs und Schulen.
Auch ist es bekannt, daß es eine Mobilisierung in mehreren Städten Norddeutschlands gegeben hat. Dies ist nach unserem Wissen die erste großangelegte Mobilisierung gegen ein selbstverwaltetes Jugendzentrum im Osten.
Das dies gerade das JAZ betrifft kommt nicht von ungefähr.
Zum einen scheint es, daß Lippenbekenntnisse der Rostocker Öffentlichkeit eine Stärkung des Organisationsvermögens rechtsextremistischer Gruppierungen nicht verhindern konnten. Vielmehr ist es so, daß rechtsextremistische Anheizer das Geschehen an Treffpunkten vieler Jugendlicher beherrschen. Zum anderen ist das JAZ einer der wenigen Orte, wo sich mit rassistischen und faschistoiden Tendenzen aktiv auseinandergesetzt wird, wo zahlreiche Projekte und Initiativen entstanden sind, die diesen Tendenzen widersprechen.
Gerade deswegen ist für uns der Erhalt des JAZ so wichtig!
Und nach den Erfahrungen der letzten Wochen und Monate können wir uns dabei auf die Polizei nicht verlassen. Es gab' die letzten Tage Abmachungen mit der Polizei, wonach wir sie bei ihren Maßnahmen nicht behindern und für den Fall eines Angriffs wir von unserem Hausrecht Gebrauch machen.
Am späten Nachmittag sah es so aus, das mehrere rechte Gruppen unbehelligt bewaffnet im Stadtzentrum herumlaufen konnten. Eine Person wurde von diesen auf dem Boulevard verletzt und beraubt. Währenddessen gab es Versuche durch die Polizei, Besucher des JAZ beim Kommen und Gehen zu kontrollieren.





Tag X in Hamburg

Am 26.5. waren neben der SchülerInnendemo in Hamburg auch noch kurze Blockaden ab 7.00 Uhr morgens. Ca. 200 GenossInnen beteiligten sich an dem Katz- und Mausspiel mit den Schergen. Die Aktion ist insgesamt gut gelaufen, auch wenn sich der Gedanke, daß sich im Verlauf des Vormittages immer mehr Personen an den Blockaden beteiligen würden nicht bewahrheitete. Das Ziel der Aktion, den "normalen" Verkehr in Hamburg am Tag X zu behindern ist erreicht worden - die HERRschende Normalität lief am 26.5 lediglich eingeschränkt ab. Zudem fand die Aktion auch mal nicht nur in den üblichen Gegenden statt. (Dafür gab's aber die üblichen BürgerInnenreaktionen ("geht doch arbeiten !))





Spontan-Demo am 29.5.

Wegen der rassistischen Morde in Solingen und den Angriffen auf ein Obdachlosen- und Flüchtlingsheim in Berlin-Lichtenfelde, sowie ein Flüchtlingsheim in München war in Hamburg noch am Abend des 29.5. eine Spontandemo von der Sternschanze durch die Oberneustadt zum Gänsemarkt.

Trauer und Wut sollte durch die Demo zum Ausdruck gebracht werden. Die Schergen schienen zum ersten mal seit ganz langer Zeit in Hamburg mal wieder nicht alles bis in den kleinsten Winkel im Griff zu haben. So kam es zu Sprühaktionen und Glasbruch. In der Nacht wurden diverse Aktionen in der Stadt durchgeführt.

An der Demo beteiligten sich ca. 1300 Leute, wobei sich viele PassantInnen (und Taxen) spontan anschlossen.

Wandelt Trauer und Wut in Widerstand !!



Die Demo am Tag X in Hamburg



Ein neuer Atomkonsens

Wir haben den Text "Demo gegen das AKW Brunsbüttel" in die Zeitung reingenommen, weil wir finden, daß das Thema in unseren Köpfen sanft entschlummert ist. Der Text umreißt die derzeitige Energiepoltik in der BRD und versucht, die Situation der Anti-AKW-Bewegung zu beschreiben.

Ein neuer Atomkonsens?
Demo gegen das AKW Brunsbüttel am 26. Juni 1993

In den letzten Jahren ist es ruhig in der Anti-AKW-Bewegung geworden. Die Zeiten der Massendemos und -aktionen (Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf) sind vorbei. Nur in wenigen Gegenden wie im Wendland gibt es noch starke BIs. Das liegt u.a. an der Patt-Situation in der AKW-Frage. Die Bewegung war stark genug, um weitere AKW zu verhindern und einige technologische Entwicklungen der Atomindustrie (Schneller Brüter, WAA, HTR) aus dem Atomprogramm zu kippen. Andererseits gelang es nicht, auch die bereits laufenden Anlagen (z.Zt. bundesweit 20 AKW) wieder stillgelegt zu bekommen. Viele Menschen aus der Bewegung wandten sich anderen brisanten Themen zu. Der Super-GAU von Tschernobyl ist im Bewußtsein jedenfalls schon sehr weit weg.

Diese Patt-Situation stört jedoch nicht nur uns, sondern auch die Gegenseite. Denn für profitträchtige Investitionen in zukünftige Kraftwerke braucht die Atomindustrie gesicherte Verhältnisse.
Vor diesem Hintergrund haben zwei Energieversorgungsunternehmen (EVU) die Initiative ergriffen und Bewegung in die Diskussion gebracht.

Das Konsenspapier

Die beiden größten AKW-Betreiber der BRD sind die Energiekonzerne VEBA (über ihre Tochtergesellschaft PreussenElektra, u.a. Stade, Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel) und RWE). Deren Vorsitzende Piltz und Gieske haben mit Niedersachsens SPD-Ministerpräsidenten Schröder ein sogenanntes Konsenspapier ausgekungelt. Darin erklären sich die Atomstromer bereit, die ältesten AKW abzuschalten, wenn dafür die neueren AKW politisch abgesichert noch jahrzehntelang weiterlaufen können. Gleichzeitig wollen sie sich auch die Option auf eine neuartige AKW-Generation offenhalten, wohlwissend, daß neue AKW heute noch nicht wieder durchsetzbar wären.

Und als drittes wollen sie mit dem angestrebten Konsens ihre Atommüllprobleme loswerden. Denn niemand weiß bis heute, wo der lang strahlende Atommüll sicher endgelagert werden kann. In der BRD sind derzeit zwei Endlager in Bau: Gorleben für hochradioaktiven Müll und Schacht Konrad (bei Salzgitter) für schwach- bis mittelaktiven Müll. (Die Zukunft vom Endlager Morsleben als DDR-Hinterlassenschaft ist noch offen). Beide Endlager haben sich bereits als untauglich erwiesen, mangels Alternativen wird jedoch weiter 'erkundet'. Die Endlagerprojekte liegen beide in Niedersachsen. Deren rotgrüne Landesregierung hat sich dem Ausstieg verschrieben. Sie tun zwar nicht viel dafür, aber aufgrund der Untauglichkeit der Endlager und des Widerstandes vor Ort ist die Genehmigung der Anlagen mehr als fraglich.

Die Atomkonzerne bieten an, auf die Wiederaufarbeitung im Ausland und das Endlager Gorleben zu verzichten, wenn dafür das Endlager Schacht Konrad zügig in Betrieb genommen wird. Als Ersatz für Gorleben würde die Atomindustrie auch international nach anderen Standorten für hochradioaktiven Atommüll suchen. Dahinter stehen Planungen, die vor einem Jahr bekannt wurden. Da wurde vom 'Äquivalententausch' von Atommüll auf europäischer Ebene gesprochen, was heißen soll, daß größere Mengen schwach/mittelaktiven Mülls gegen kleinere Mengen hochradioaktiven Mülls getauscht werden. Möglicherweise beabsichtigt die Atomindustrie, ihren hochradioaktiven Müll im Ausland unterzubringen und dafür dann schwachaktiven Müll aus dem Ausland zusätzlich zum eigenen in Schacht Konrad oder Morsleben zu lagern. Schacht Konrad würde damit zum europäischen Endlager werden, passend zur Schaffung des EG-Binnenmarktes.

Die Interessen von Atomindustrie und Parteien

Bewirkt hat das 'Konsenspapier' vor allem, daß die Diskussion über die Zukunft der Atomenergie wieder in den Massenmedien ist und die Widersprüche in Wirtschaft und Politik deutlich geworden sind. Von der Atomindustrie wurde VEBA-Chef Piltz (er ist am 12.4.93 gestorben) in dieser Frage zunehmend isoliert. Viele Atommanager finden es geradezu skandalös, die Atomenergie auch nur ein Stück weit in Frage zu stellen. Vor allem die süddeutschen EVU machen gegen das 'Konsenspapier' mobil.





Das Blitz in Oslo ist neben dem UFFA-huset in Trondheim das einzige existierende selbstverwaltete Zentrum in Norwegen und vor 11 Jahren als Resultat des wütenden Aufruhrs der Jugendzentrumsbewegung erkämpft worden. 1981 wurde im Zentrum von Oslo ein riesiges Haus von etwa 100 Leuten besetzt, die Skippersgata 6a. Zum ersten mal nach etlichen Hausbesetzungen in den vorangegangenen Jahren (die erste Besetzung mit der Forderung nach einem autonomen Zentrum erfolgte 1969!) wurde nicht sofort abgeräumt, sondern mit den Besetzerinnen verhandelt. Resultat der Skippersgata-Verhandlungen war die Überlassung eines Hauses in der Pilestredet, in dem sich vorher eine Unterkunft für obdachlose Jugendliche befand. Die Hoffnung der Stadt, daß es jetzt endlich Ruhe geben würde und man zur Tagesordnung übergehen könne, bewahrheitete sich natürlich nicht. Das Kalkül, die Jugendbewegung durch die Arbeit an einem Haus zu befrieden und das Protestpotential zu binden, ging nicht auf. Im Gegenteil, das politische Bewusstsein der Blitzbesucherinnen wuchs mehr und mehr, das Haus entwickelte sich zu einem freien Zentrum für politische und kulturelle Arbeit. Ständige Angriffe der Bullen taten ihr übriges, um die Leute weiter zusammenzubringen und sich gemeinsam zu wehren...

Zu Beginn, im Jahr 82, teilte man/frau sich das Haus mit der Aksjon Kvinne Kultur Senter (AKKS - Radikale Frauenkulturbewegung) und der Oslo Rock Cooperation (Musikerzusammenschluß). Diese beiden Organisationen mit anderen Arbeits- und Organisationsvorstellungen setzte die Stadt bewußt mit ins Haus, in der Hoffnung, daß sich die verschiedenen Nutzerinnen gegenseitig bekämpfen würden. Die ORC löste sich zwei Jahre später auf, die Leute blieben aber teilweise im Haus, die AKKS füllen das Blitz immer noch mit Leben: Sie machen ua. Workshops und Seminare für Amateurmusikerinnen. Um das unbequeme und wider erwarten gut funktionierende Zentrum (die Stadt spekulierte darauf, daß das selbstverwaltete Zentrum binnen kurzer Zeit kollabieren würde) wieder loszuwerden, brauchte die Stadt einen günstigen Anlass, der 1987 kam: Anlässlich des Besuches von Caspar Weinberger kam es bei der Anti-Nato-Demo zu massiven Auseinandersetzungen. Für die Stadt war das der willkommene Anlass, jegliche finanzielle Unterstützung(die mit 20000 DM pro Jahr eh nur ein Witz war) für das Blitz zu streichen und das Projekt für beendet zu erklären. Im Frühjahr 88 versuchte das Parlament Räumung und Abriß durchzusetzen, leider erwiesen sich alle Gründe und Pläne für das Areal als nicht stichhaltig genug: Eine Straße, die just durch das Haus geführt werden muß, heute aber einige hundert Meter weiter weg die City zerfurcht; ein Einkaufszentrum; ein Bürokomplex, den keiner haben will, mitsamt einem pleitegehenden Investor...). Das Blitz erklärte der Stadt den Krieg gegen Räumung und Abriß, der Preis für eine Räumung wurde durch zahlreiche Aktionen und große Demonstrationen, die die Stärke der Bewegung zeigten, stetig erhöht. Eine Demonstration mit über 10000 Menschen, die sich für den Erhalt des autonomen Zentrums und gegen den Bullenterror aussprachen, dokumentiert die breite Unterstützung und Akzeptanz, die das Blitz damals (und auch heute noch!) aus weiten Teilen der Bevölkerung erfuhr (Oslo hat 450000 Einwohner). Im Frühjahr 92 hat das Blitz 4 Jahre ständige Konfrontation mit der Stadt überstanden: Das konservative Parlament verliert seine Mehrheit und wird durch eine linksliberale Koalition ersetzt. Die neuen Machthaber üben sich in Duldung, neue Konfrontationen mit der Stadt sind nicht in Sicht. Konfrontationen gibt es in jüngerer Zeit mit Faschisten. Es gab mehrere Angriffe auf das Blitz, darunter zwei ernstere: Während zwei Konzerten wurden aus vorbeifahrenden Autos heraus Molotowcoctails und eine Gasgranate in den Eingangsbereich geschleudert, wobei aber in beiden Fällen niemand ernsthaft zu Schaden kam. Sylvester 92/93 gab es einen misglückten Sprengstoffanschlag auf das Haus, der wenig Schaden anrichtete, da der Sprengsatz falsch herum angebracht worden war. In Oslo selbst lassen sich die Faschisten nicht blicken, da sie zu schlechte Erfahrungen gemacht haben: Zuletzt Ende 92, als ein Faschotreffen in einer Osloer Kneipe





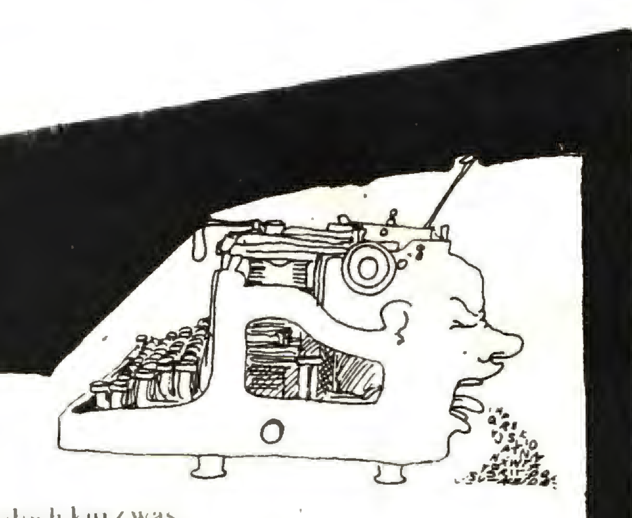
massiv angegriffen wurde und einige Leute im Krankenhaus landeten. Die Angriffe auf das Blitz werden Faschisten von ausserhalb zugeschrieben, die "etwas klarmachen" wollen.
Die Bedeutung des Blitz für Oslo ergibt sich aus aus seiner zentralen Rolle für politische Aktivitäten. Viele Demonstrationen und Aktionen finden hier ihren Ausgang. Auch in kultureller Hinsicht ist das Blitz wichtig, als Konzertort für Bands aus Oslo und anderen Städten Norwegens, aber auch als Ort, wo man amerikanische und europäische Bands für wenig Geld sehen kann. Es gibt eine breite Akzeptanz oder zumindest wohlwollende Duldung in der Bevölkerung in den umliegenden Quartieren und so ist es auch kein Wunder, daß sich im Cafe Bürger/innen, Immigrant/innen und Tourist/innen unter das teilweise sehr junge Blitzpublikum mischen und allgemein ein reges Treiben ist.
Im Blitz gibt es einen Buch- und Plattenladen, ein Cafe, in dem es im normalen Betrieb nur alkoholfreies gibt (bei Konzerten wird Alkohol verkauft) dazu jeden Tag warmes Essen und Waffeln(Cafe und Laden sind täglich von 12-18.00 geöffnet). Es gibt Übungsräume, ein kleines Studio, einen Gitarren- und Verstärkerworkshop, die AKKS-Musikseminare das Frauenradio (Radio Orakel), das täglich mindestens drei Stunden sendet, regelmäßig finden Konzerte und Infoveranstaltungen statt; schließlich gibt es noch das hauseigene Infoblatt Smörsyra (Buttersäure) das unregelmäßig in 10000er Auflage erscheint

BLITZ, Pilestredet 30c, Oslo.



Der var nervøsitet at spore hos både politi og de maskerede demonstranter, som flere gange kom med grove tilråb til de kampklædte betjente.

Von der Demo am 20.5. in Kollund/DK



Die Meinung des Monats Mai :

Der [illegible]ährlich großartige LeserInnenbrief der TAN :

Also : zum Beitrag der "FaRMs/wnaa" schreiben wir jetzt doch kurz was.
Erst waren wir uns ja nicht sicher, ob die das alles ernst meinen, was die so schreiben. Aber wir sind ja auch nicht ganz blöd und lange genug geübt im Erkennen von zentralen Aussagen in Szenetexten und es wurde uns zunehmend klar, daß uns da welche in direktem Zusammenhang mit der Flora und deren "Politik" bringen wollen.
Zur Klärung :
Erstens ist der TAN nicht die "Flora" und zweitens sollten Leute bei ernstgemeinter Kritik, um die es sich ja doch handeln soll, erstmal wenigstens etwas genauer gucken, wen sie da wofür kritisieren. Wir verweisen hiermit auf Zeck Nr. 10 (Jan 93) wo'n bisschen was drinne steht, was unsere Beweggründe [illegible] wieso wir nicht Ovolacto- oder Aasvoku machen. (Warum überhaupt Vokü steht da leider nicht drinn)

[illegible] T A.N.

(D[illegible]nenbrief wird [illegible] Gedächtnis-Preis ausgezeichnet [illegible])

Nummer 15, Juni 1993

ZECK

SCHÜSSE AUF ANTI-EG-DEMONSTRANTINNEN IN KOPENHAGEN

Im Folgenden dokumentieren wir eine Erklärung aus Kopenhagen, die zu den Ereignissen um das EG-Referendum in Dänemark am 18.5.93 Stellung bezieht. Wir finden es erschreckend, daß in Hamburg dazu nichts gelaufen ist.

MÖRDER UND FASCHISTEN - DIE DÄNISCHE POLIZEI

Der 18.Mai war der Tag der Volksabstimmung über das Edinburgh-Abkommen in Bezug auf die EG-Union. Auf dem Blagards-Platz im Stadtteil Norrebro in Kopenhagen gab es ein Anti-Unions-Konzert. Als um ca. 22 Uhr das Resultat, was ein Ja zur Union war, feststand, ging der Großteil der Leute, ca. 500, zur naheliegenden Hauptstraße, um dort ein Happening zu machen. Ein Teil der Straße wurde mit Bauwägen und Mülleimern blockiert, um eine "unionsfreie Zone" zu errichten. Als die Bullen die Straße zu räumen versuchten, entwickelte sich ein Straßenkampf, der sich weiter zum St. Hans Torv verlagerte und bis ca. 3 Uhr andauerte. Barrikaden wurden gebaut, Steine flogen und bei Banken wurden Scheiben eingeschlagen und Inventar beschädigt. Die Bullen schossen Tränengas, Zivilbullen warfen Steine zurück und schließlich schossen Bullen in Zivil und Uniform mit Schußwaffen auf die Leute, obgleich diese laut Augenzeugen im Rückzug waren.
Hier zeigte die dänische Polizei unverhüllt ihr faschistisches Gesicht. Mindestens 100 Schüsse wurden in die Menschenmenge gefeuert. Diese Form von Aufruhrbekämpfung (brutales Niederschießen) erweckt Assoziationen mit dem, was beispielsweise im besetzten Palästina Praxis ist. Es ist ein Wunder, daß es keine Toten gab. 11 Leute haben schwere Schußwunden erlitten und mehrere wurden oberflächlich getroffen. Die Schußwunden zeigen, daß bei dieser zynischen Handlung auf keine Art und Weise Rücksicht auf Menschenleben genommen wurde:
-Einer wurde am Kiefer nahe der Halsschlagader getroffen
-Einer Person wurde in den Rücken nahe der Wirbelsäule geschossen
-Zwei haben Schußwunden im Bauch erlitten
-Die anderen Verletzten wurden durch Schüsse an Armen und Beinen verletzt.

Verschiedene Fernsehaufnahmen dokumentieren, daß in Herz- und Kopfhöhe geschossen wurde. Wer getroffen wurde und wo, war zufällig, einige der Verletzten waren bis zu 40 Meter von den Bullen entfernt.

Die Politiker, die Bullen und die Presse haben sich nur damit beschäftigt, wie gefährlich die Situation für die Bullen gewesen sei und wieviele Schwerverletzte es auf ihrer Seite gegeben habe. Es zeigte sich dagegen schnell, daß es mit den sogenannten lebensgefährlichen Verletzungen der Bullen nicht viel auf sich hatte. Es dreht sich hauptsächlich um blaue Flecken, Nasenbluten und verstauchte Finger. Alle wurden am nächsten Tag wieder aus dem Krankenhaus entlassen. Sie haben jetzt psychologische Unterstützung angeboten bekommen.

DIE BULLEN FAHREN MIT DER FASCHISTISCHEN VERFOLGUNG DER VERLETZTEN FORT:

Die Polizei erklärte die Verletzten für verhaftet, während sie im Krankenhaus liegen. Sie wurden wegen Brandstiftung, Gewalt gegen Beamte, Sachbeschädigung und Landfriedensbruch angeklagt.
-Die Verletzten durften offiziell weder Besuch, Briefe noch Telefonate kriegen, auch nicht von Angehörigen.
-Den Verletzten wurde, während sie operiert wurden, Kleidung, Geld und Sachen beschlagnahmt.
-Die Verletzten wurden, während sie noch unter Einfluß von Medizin waren, ED-behandelt.

Die Bullen wünschen eine harte Bestrafung der Verletzten, um so ihr brutales Schießen in die Menschenmenge zu legitimieren.
Am Samstag, den 22.5. wurden die Verhaftungen der Verletzten jedoch wieder aufgehoben, da es gesetzeswidrig ist, Leute im Krankenhaus zu verhaften.

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Mindestens 8 Leute haben 13 Tage U-Haft bekommen, davon sitzen 4 in Iso-Haft. Die anderen ca. 20 Verhafteten kamen am nächsten Tag wieder raus.
Mittwoch Nacht kam es erneut zu Straßenkämpfen. Wieder wurde eine Bank angegriffen und die Bullen schossen mit Tränengas 4 Leute wurden verhaftet.
Am Samstag, den 22.5. gab es eine Demo mit ca. 2000 Leuten.

ESISTANCE
1 4 9 2 - 1 9 9 2

AUFGESTAUTER HASS GEGEN DIE EG-UNION DES KAPITALS UND IHRE LAKAIEN, HINTERGRÜNDE DER 2-TÄGIGEN STRASSENSCHLACHTEN

Die Behauptung der Bullen und der Presse, daß Leute so wütend und furchtlos gewesen wären, weil sie Speed genommen hätten, ist ein weiterer Versuch, uns als unmenschliche Psychopaten darzustellen, die von der restlichen Bevölkerung des Stadtteils Norrebro und der Nein-Wähler isoliert seien. Der Zweck solcher Lügen ist, das zu verhindern, was die Herrschenden am meisten befürchten: nämlich, daß mehr Leute das Richtige darin sehen, millitanten Kampf gegen die EG-Union zu führen. Aber wir sind nicht alleine! Es zeigte sich schnell, daß viele verschiedene Leute aktiv und spontan teilnahmen oder sich mit dem, was passierte, solidarisierten. Die Ursache liegt darin, daß viele Leute die Schnauze voll haben von dem, was die Politiker täglich von sich geben. Die Wut ist da bei den Leuten die hier in den ärmsten Arbeitervierteln von Kopenhagen (Norrebro, Vesterbro, Ghettovorstädte) leben, die Schwachen und Ausgestoßenen der Gesellschaft, die immerzu den höchsten Preis für die Krisenpolitik der Regierungen zu bezahlen haben. Egal ob konservative oder sozialdemokratische Parteien die Regierung bilden, die Realität ist, daß die EG schon seit langem Instrument für gemeinsame westeuropäische Krisenpolitik ist, wo es - ob in Dänemark, Europa oder der restlichen Welt - im Prinzip ums Gleiche geht: Die Reichen reicher und die Armen ärmer zu machen. Die Zahl der über 17 Millionen (registrierten!) Arbeitslosen innerhalb der EG spricht für sich, ist jedoch nur ein Ausdruck des Umfangs der Unterdrückung und der Ausbeutung Preissteigerungen, Lohnsenkungen, verstärkter Leistungsdruck, mehr Selbstmorde, mehr psychisch Kranke, mehr Gewaltverbrechen gegen Frauen, mehr Einsame... sind andere Tatsachen, die nicht ignoriert werden können.
Wenn berichtet wird, daß es sich um die heftigsten Ausschreitungen seit dem2. Weltkrieg handele, muss dieses im Zusammenhang damit gesehen werden, daß die Krise - auch in der dänischen Gesellschaft - größer denn je ist. Besonders die sogenannte parlamentaische Demokratie steht einer enormen Krise gegenüber, weil kein Politiker in der Lage ist, zu erklären, warum beispielsweise für die Oresundsbrücke nach Schweden, an der nur das Kapital interessiert ist, Geld ausgegeben wird, aber in bezug auf Lohnerhöhungen, Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse, Wohnungen, Gesundheit, sozialem Bereich, Umwelt... gespart wird. Ihre propagandistischen Argumente sind immer, daß Investitionen und Bildung von sogenannten "Kraftzentren" Arbeitsplätze schaffen würden, aber das einzige, was geschaffen wird, ist der Rahmen, worin die Kapitalisten noch mehr Profit machen und ihre Macht vergrößern können.

Wen verteidigt die Polizei eigentlich?
Die Polizei ist eines der Werkzeuge der Herrschenden gegen die, die damit unzufrieden sind, ein Leben zu führen, was "von oben" durch die EG diktiert wird, und dagegen Widerstand führen. Die Polizei beschützt die Arbeit-"geber", die Streikbrecher, die Banken, Staatsoberhäupte, Rassisten und Faschisten..., und gehen zum freien Angriff auf streikende Arbeiter, linke Demonstranten, Ausländer und Flüchtlinge... ja sie können sogar Leute ermorden, ohne daß es für sie Konsequenzen hat. Die Rolle der Polizei in der Gesellschaft ist eindeutig. Alle Politiker mit Ausnahme einiger weniger haben sich geäußert, daß sie es in Ordnung fänden, daß die Polizei in solchen Situationen auf Leute schießt. Wir fordern alle dazu auf, auf jegliche Art und Weise zu protestieren, und zu zeigen, daß sie sich weder einschüchtern noch abschrecken lassen.

KAMPF DER EG-UNION DES KAPITALS

Unser Nein zur Union ist ein Nein zur kapitalistischen Entwicklung insgesamt. Das heißt für uns, für den Aufbau einer kollektiven, selbstbestimmten und demokratischen Volksmacht zu kämpfen. Unser Nein ist ein internationalistisches Nein und daher möchten wir Leute aus anderen Ländern gegen das EG-Gipfeltreffen, was am 21./22. Juni in Kopenhagen stattfinden soll, mobilisieren.

Einen Gruß auch an alle, die sich in anderen Städten (Arhus, Oslo, Trondheim, Stockholm, Berlin...) mit Demonstrationen, Angriffen auf Banken und dänische Konsulate zu den Geschehnissen verhalten haben.

Die Initiative des 18. Mai.
Unterstützt die Verletzten und Gefangenen!



Pflastersteine und Schüsse nach dem Referendum in Dänemark

Nummer 15, Juni 1993

Ein neuer Atomkonsens

Wir haben den Text "Demo gegen das AKW Brunsbüttel" in die Zeitung reingenommen, weil wir finden, daß das Thema in unseren Köpfen sanft entschlummert ist. Der Text umreißt die derzeitige Energiepoltik in der BRD und versucht, die Situation der Anti-AKW-Bewegung zu beschreiben.

Ein neuer Atomkonsens?
Demo gegen das AKW Brunsbüttel am 26. Juni 1993

In den letzten Jahren ist es ruhig in der Anti-AKW-Bewegung geworden. Die Zeiten der Massendemos und -aktionen (Brokdorf, Gorleben, Wackersdorf) sind vorbei. Nur in wenigen Gegenden wie im Wendland gibt es noch starke BIs. Das liegt u.a. an der Patt-Situation in der AKW-Frage. Die Bewegung war stark genug, um weitere AKW zu verhindern und einige technologische Entwicklungen der Atomindustrie (Schneller Brüter, WAA, HTR) aus dem Atomprogramm zu kippen. Andererseits gelang es nicht, auch die bereits laufenden Anlagen (z.Zt. bundesweit 20 AKW) wieder stillgelegt zu bekommen. Viele Menschen aus der Bewegung wandten sich anderen brisanten Themen zu. Der Super-GAU von Tschernobyl ist im Bewußtsein jedenfalls schon sehr weit weg.

Diese Patt-Situation stört jedoch nicht nur uns, sondern auch die Gegenseite. Denn für profitträchtige Investitionen in zukünftige Kraftwerke braucht die Atomindustrie gesicherte Verhältnisse.
Vor diesem Hintergrund haben zwei Energieversorgungsunternehmen (EVU) die Initiative ergriffen und Bewegung in die Diskussion gebracht.

Das Konsenspapier

Die beiden größten AKW-Betreiber der BRD sind die Energiekonzerne VEBA (über ihre Tochtergesellschaft PreussenElektra, u.a. Stade, Brokdorf, Brunsbüttel und Krümmel) und RWE). Deren Vorsitzende Piltz und Gieske haben mit Niedersachsens SPD-Ministerpräsidenten Schröder ein sogenanntes Konsenspapier ausgekungelt. Darin erklären sich die Atomstromer bereit, die ältesten AKW abzuschalten, wenn dafür die neueren AKW politisch abgesichert noch jahrzehntelang weiterlaufen können. Gleichzeitig wollen sie sich auch die Option auf eine neuartige AKW-Generation offenhalten, wohlwissend, daß neue AKW heute noch nicht wieder durchsetzbar wären.

Und als drittes wollen sie mit dem angestrebten Konsens ihre Atommüllprobleme loswerden. Denn niemand weiß bis heute, wo der lang strahlende Atommüll sicher endgelagert werden kann. In der BRD sind derzeit zwei Endlager in Bau: Gorleben für hochradioaktiven Müll und Schacht Konrad (bei Salzgitter) für schwach- bis mittelaktiven Müll. (Die Zukunft vom Endlager Morsleben als DDR-Hinterlassenschaft ist noch offen). Beide Endlager haben sich bereits als untauglich erwiesen, mangels Alternativen wird jedoch weiter 'erkundet'. Die Endlagerprojekte liegen beide in Niedersachsen. Deren rotgrüne Landesregierung hat sich dem Ausstieg verschrieben. Sie tun zwar nicht viel dafür, aber aufgrund der Untauglichkeit der Endlager und des Widerstandes vor Ort ist die Genehmigung der Anlagen mehr als fraglich.

Die Atomkonzerne bieten an, auf die Wiederaufarbeitung im Ausland und das Endlager Gorleben zu verzichten, wenn dafür das Endlager Schacht Konrad zügig in Betrieb genommen wird. Als Ersatz für Gorleben würde die Atomindustrie auch international nach anderen Standorten für hochradioaktiven Atommüll suchen. Dahinter stehen Planungen, die vor einem Jahr bekannt wurden. Da wurde vom 'Äquivalententausch' von Atommüll auf europäischer Ebene gesprochen, was heißen soll, daß größere Mengen schwach/mittelaktiven Mülls gegen kleinere Mengen hochradioaktiven Mülls getauscht werden. Möglicherweise beabsichtigt die Atomindustrie, ihren hochradioaktiven Müll im Ausland unterzubringen und dafür dann schwachaktiven Müll aus dem Ausland zusätzlich zum eigenen in Schacht Konrad oder Morsleben zu lagern. Schacht Konrad würde damit zum europäischen Endlager werden, passend zur Schaffung des EG-Binnenmarktes.

Die Interessen von Atomindustrie und Parteien

Bewirkt hat das 'Konsenspapier' vor allem, daß die Diskussion über die Zukunft der Atomenergie wieder in den Massenmedien ist und die Widersprüche in Wirtschaft und Politik deutlich geworden sind. Von der Atomindustrie wurde VEBA-Chef Piltz (er ist am 12.4.93 gestorben) in dieser Frage zunehmend isoliert. Viele Atommanager finden es geradezu skandalös, die Atomenergie auch nur ein Stück weit in Frage zu stellen. Vor allem die süddeutschen EVU machen gegen das 'Konsenspapier' mobil.



Hinter diesem Streit stehen unterschiedliche ökonomische Interessen der EVU. VEBA/RWE können einen Teilausstieg aus der Atomenergie ökonomisch besser verkraften als die süddeutschen EVU und darüber sogar Konkurrenzvorteile erlangen. Denn RWE kann die Stromerzeugung auf kostengünstiger Braunkohlebasis noch ausweiten (RWE hat den Braunkohleabbau in der ex-DDR übernommen), während VEBA sich aufgrund der Küstennähe ihrer Versorgungsgebiete in Schleswig-Holstein und Niedersachsen billige Import-Steinkohle einkaufen kann. Die Süddeutschen dagegen haben keine Braunkohle und müssten für Importkohle zusätzlich die Inlands-Transportkosten zahlen.

Auf der politischen Ebene haben es VEBA und RWE mit SPD-geführten Landesregierungen zu tun, die zumindest verbal aus der Atomenergie rauswollen und deswegen hier und da über die Atomaufsicht Schwierigkeiten machen. Dagegen genießen v.a. die Bayernwerke volle politische Rückendekung durch die CSU.

AKW-Bauer Siemens bleibt natürlich auf Atomlinie, da sich mit dem Bau von AKW eben viel mehr Geld verdienen läßt als mit dem Bau von Steinkohle- oder Gaskraftwerken.



Die Positionen der etablierten Parteien sind nicht überraschend: CDU /CSU und FDP bleiben dabei, daß Atomenergie unverzichtbar sei. In der SPD gibt es verschiedene Meinungen: ein Teil würde gerne das vorgelegte Papier so beschließen (mit garantierten AKW-Laufzeiten), um wenigstens die Stillegung einzelner Anlagen als Erfolg für die nächsten Wahlen vorweisen zu können. Der andere Teil will nach wie vor an einem mittelfristigen Gesamt-Ausstieg festhalten. Allerdings läßt sich erwarten, daß sich das erste Lager um Schröder durchsetzt. Gleiches hat uns die SPD schon in Sachen out-of-area-Einsätze und Asylrechtsänderungen vorgemacht. Die Grünen erhoffen sich das Kippen von Teilen des Atomprogramms und würden da durchaus Kompromisse eingehen - wenn sich auf der Gegenseite was bewegt.

Die Gespräche über einen neuen Atomkonsens - die ersten fanden im März und April statt - werden nach dem Modell 'Runder Tisch' geführt. 16 Parteienvertreter (6 Union, 6 SPD, 2 Grüne, 2 FDP) und 16 Vertreter gesellschaftlicher Verbände (je 4 aus Atomindustrie, Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und Umweltschutzverbänden) tauschen untereinander ihre gegensätzlichen Positionen aus.

Bei den EVU denken VEBA und RWE im Sinne ihrer Profitinteressen am weitesten nach vorne. Durch die drohende Klimakatastrophe (hauptsächlich verursacht durch die CO_2-Emissionen) kommt noch viel stärker die Frage auf den Tisch, wie die energiewirtschaftlichen Strukturen aussehem müssen. Denn die richtige Antwort auf das Klimaproblem (Energiesparen, dezentrale, regenerative Energieerzeugung und KWK) stellt die Monopolposition der EVU bei der Stromversorgung in Frage. Deren Geschäftspolitik beruht auf großen Kraftwerkseinheiten und einer Steigerung des Stromverbrauchs über Billigpreise an Großkunden. Also das Gegenteil von dem, was erforderlich ist. Die Auswirkungen des Treibhauseffektes auf das Klima werden in den nächsten Jahren deutlicher werden, und damit wird der Druck auf die EVU wachsen, ihre Geschäftspolitik zu ändern. In diesem Blickwinkel macht es für VEBA und RWE Sinn, jetzt öffentlich ans Ende einiger Atomanlagen zu denken, um dafür als Ersatz fossile Großkraftwerke genehmigt zu bekommen, die ihre Monopolposition für die nächsten Jahrzehnte festschreiben. Dies ist Bestandteil des Konsensvorschlags. Schröder hat in diesem Rahmen der VEBA zugesichert, in Wilhelmshaven 3000 MW Steinkohlekraftwerke bauen zu können. Und in Stade wird ebenfalls ein Gaskraftwerk gebaut, daß nach SPD-Vorstellungen das AKW ersetzen soll.

Späte Erfolge

Aber dennoch: die Zugeständnisse einiger EVU, daß Teile des Atomprogramms überflüssig sind und einige Atomanlagen durchaus abgeschaltet werden können, sind ein später Erfolg der Anti-AKW-Bewegung. Durch ihre Aktivitäten hat sie es in den achtziger Jahren geschafft, in der Bevölkerung meinungsmäßig eine Mehrheit gegen die Atomkraftwerke zu mobilisieren. Sie hat den Konsens von Wirtschaft und etablierten Parteien über den Ausbau des Atomprogramms aus den siebziger Jahren zerbrochen. Dies war möglich, weil zum einen weite Teile der Bevölkerung überzeugt werden konnten und zum anderen die Bewegung durch die sehr unterschiedlichen Aktionen auch handlungsfähig war und damit den normalen Ablauf in der Atomwirtschaft störte. Mangels politischer Akzeptanz sind neue AKW für die EVU heute zu einem untragbaren Investitionsrisiko geworden.

Das "Konsenspapier" zeigt, daß die Spaltung in der Atomfrage jetzt nicht nur (wie in den achtzigern) durch die etablierten Parteien geht, sondern auch in der Atomindustrie selber existent ist - entlang unterschiedlicher ökonomischer Interessenslinien. Gleichzeitig besteht allerdings die Gefahr, daß sich ganz im Sinne des vorgelegten Papiers ein neuer Konsens zwischen Atomwirtschaft und Parteien herausbildet, der eine unhaltbare energiewirtschaftliche Struktur auf Jahrzehnte stabilisiert.

Gründe gibt es also genug, als Anti-AKW-Bewegung (bzw. deren Rest) mit der Forderung nach sofortiger Stillegung aller Anlagen wieder in die Offensive zu kommen. Zum einen, um einen erneuten 'Konsens' mit wiederhergestellter AKW-Akzeptanz und fossilen Großkraftwerken zu verhindern. Und zum anderen, um bei den Zugeständnis der Atomwirtschaft, daß einzelne Atomanlagen durchaus verzichtbar seien, einzuhaken, um wenigstens Teile des Atomprogramms und einzelne AKW schon jetzt kippen zu können.

Demo in Brunsbüttel

Deswegen haben einige Gruppen und Initiativen auf einer norddeutschen Anti-AKW-Konferenz beschlossen, am 26. Juni am AKW Brunsbüttel zu demonstrieren.

Die Demo soll dazu dienen:
- die Forderung nach sofortiger Stillegung aller Atomanlagen wieder in die Öffentlichkeit zu bringen
- im Rahmen der 'Konsens'-Debatte auch an die bestehenden Anlagen ranzugehen
- anläßlich der Rißfunde im AKW und der Leukämietoten zu verhindern, daß Brunsbüttel wieder ans Netz geht.

Das AKW Brunsbüttel gehört zu zwei Dritteln der Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW). Der Rest gehört der VEBA. Sein Atomstrom wird ins Hamburger Netz gespeist. Momentan ist das AKW allerdings abgeschaltet, weil bei Routineuntersuchungen eher zufällig entdeckt wurde, daß von 1000 untersuchten Rohren 250 Risse aufweisen. Dabei sollte der verwendete Stahl Austenit angeblich absolut rißfest sein.
Genau wie beim AKW Krümmel gibt es auch in der Umgebung Brunsbüttels mehrere Leukämietote. Als Ursache kommt vor allem radioaktive Strahlung in Frage, was aber - wie immer - vom Betreiber HEW abgestritten wird.

Um zu verhindern, daß das AKW wieder ans Netz geht:

DEMONSTRATION am Samstag, 26.6.93. Beginn 11 Uhr

auf dem Marktplatz in Brunsbüttel
von dort aus geht es durch die Innenstadt über den Nord-Ostsee-Kanal zum Atomkraftwerk. Mit Redebeiträgen, Musik und Theater. Ab Hamburg werden Busse fahren.
Die Demonstration wird von 40 Organisationen/Gruppen unterstützt.

- Sofortige Stillegung des AKW Brunsbüttel
- Stillegung aller Atomanlagen - sofort!
- Für eine Energiewende: Einsparung und rationelle Verwendung von Energie, Einsatz von Wind- und Sonnenenergie

Kontakt, Infos und Fahrkarten:
GAB, Nernstweg 32, Altona, Tel. 3909222 und
Robin Wood, Nernstweg 32, Tel. 3909556



Gewaltfreies Aktionsbündnis

TERMINE IM JUNI



TERMINE IN DER FLORA IM JUNI:

4.6. VOLLMONDORCHESTER, große Halle, 21.00
5.6. Platz da, jetzt kommen wir!" Kinderfest vor der Flora mit Spielaktionen, Mitmachtheater und Infoständen. Beginn mit einem Umzug vom Bauspielplatz durch den Stadtteil. Aus dem Aufruf: In einer Zeit, in der die Lebens- und Spielräume für Kinder immer enger werden, in einer Zeit, in der die letzten vorhandenen Freiflächen mit Häusern "ausgefüllt" werden und die Straßen von Autos überfüllt sind, wollen wir die Straße endlich mal wieder freischaufeln und zum spielen zurückerobern! 11-15.00
5.6. PLUGGED - Party mit Livemusik und Soundsystems, Keller, 22.00
6.6. AKROBATIKFESTIVAL Akrobatik und Musik 21.00
13.6. BARBERSHOP GROUP Wer den Frauenchor schätzt, darf das Quintett aus Bonn mit Liedern der "Comedian Harmonists" aus den 20er Jahren nicht verpassen!, 19.00
14.6. USA: SABOTAGE, RIOTS, HAUSBESETZUNGEN.
Wir stellen ein neues Buch vor: "Sabotage". ArbeiterInnen aus den USA erzählen aus ihren Jobs und ihrem Kampf darin und dagegen. Außerdem gibt es Videos: Riots 1992, Hausbesetzungen und Obdachlosenbewegung. Keine Veranstaltung für "USA-ExpertInnen"! Wir wollen mit euch über die Situation und Perspektiven für revolutionäre Bewegungen hier diskutieren. Leoncavallo, 20.00. VeranstalterInnen: Wildcat HH
21.6. ALLOY und 2BAD Hardcore aus Boston und Kaiserslautern. Konzert in der großen Halle, 21.00
25.6. DREIGROSCHENOPER von B. Brecht. Theatergruppe aus Göttingen, einziges Gastspiel in Hamburg, 20.00
3.7. DUB CONFERENCE - große Halle, 22.00

FLORA SPENDENKONTO
Rote Flora e.V.
Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20
Kontonummer: 29492-202

WEITERE VERANSTALTUNGEN IM JUNI:

4.6. BEBE Y BAILA! POR CUBA, Cuba Soli-Disco mit Silly Walks Sound System, Störtebecker, 21.00
4.6. Solikonzert für ein Polizeiopfer: Mit Volxküche, Infos und vier Bands, anschließend Party, Jugendkulturcafe Norderstedt (Aurikelstieg), 19.00
4./5.6. Ratatas 4 ars Fodselsdag (4 Jahre Mindegade 7, Arhus, DK) 2 Tage-Festival , Fr: Goody & Fino, Killing Brains, Hardheaded Soul, Lisa gives Head, Disorder. Sa: Korrupt, Kwahu, Morgue Staff, Hip Hop fra Club 47, But Alive.
5.6. Tekkno Disco - Gummis Tekkno Konferenz, Sörtebecker, 21.00
5.6. Nachbarschaftsfest im Garten, Margarethenkneipe
5.6. Tunten Terror Pustour Penefiz-Party, KSK, 21.00
5.6. Exotic Disco Night; mit Videôs, Chemnitzstraße 3-7, 22.00
6.6. HIATUS (B) und FLEAS & LICE (NL), Konzert in der Jäpa, 21.00
7.6. ECONOCHRIST, Fishcore präsentieren US-PC Bratze, 21.00
11.6. DUB ME RUFF, CUCUMBER MEN, Volkshaus (Neuer Kamp), 21.00
18.-20.6. "Etwas besseres als die Nation" Vortrags- und Konzerttournee: 18.6. Mau-Rostock, 19.6. Schneune-Dresden, 20.6. Conne Island-Leipzig

Stadtteilplenum im Juni :
10.6. 19.30 Uhr Haus für Alle, 3. Stock

STÄNDIGE TERMINE IN DER FLORA:

Mo	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	17.-20.00	Motorradgruppe
	19.00	Vokü
Di	16.-18.00	Veranstaltungsgruppen-Sprechstunde
	20.00	Radio St. Paula (Plenum, nur für Frauen)
Mi	16.-20.00	Häusercafe
	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	21.00	jeden 1. Mittwoch im Monat: Offenes Treffen der ANTIFA Schanzenviertel
Do	16.-19.00	Archiv der sozialen Bewegungen, Foto-Archiv-Kollektiv
	16.-21.00	Info-Cafe zur Roten Flora
	19.00	Vokü
	17.-19.00	Offset-Druckgruppe
Fr	19.00	Vokü
Sa	16.-19.00	Fahrradselbsthilfe
So	19.00	14-tägig: vegane Vokü



Nummer 15, Juni 1993

AKTIONEN/DEMONSTRATIONEN:

- 5.6. Demo gegen Zoos, ab U-Bahn Osterstraße, 13.00
- 26.6. Demo gegen das AKW Brunsbüttel, ab Marktplatz Brunsbüttel 11.00
- 25./26.6. Europaweiter Tag der Wohnungslosen
- 27.6. Antifaschistischer Stadtteilrundgang durch Eppendorf, Treff:Ernst-Thälmann-Gedenkstätte, Tarpenbekstraße 66, 10.00

Am 5. und 6. Juni ist eine BAUAKTION an der Vokiiterasse (wohl ab vormittags) ! Es soll u.a. die letztes Jahr begonnene Vokürückwand fertig gebaut werden.

Das Info aus der Roten Flora Hamburg gib's jetzt endlich auch im Abo ab DM 20,–– pro Quartal. Überweisungen an: *Flora e.V.* *Stichwort: ZECK* *Kto. 1228 / 129431* *BLZ 20050550 Haspa* (Adresse nicht vergessen)

ADRESSEN:

Antirassistisches Telefon: 431587
B 5/B-Movie: Brigittenstraße 5, 2 HH 36
Cafe und Buch, Marktstraße 114, 2 HH 36
EA: 4305892, Kontakt Schwarzmarkt Mo. 12-18.00
Frau Döse: Bartelsstr. 10, 2 HH 36, Tel.:4304590
Haus 3: Hospitalstr. 107, 2 HH 50
Haus für alle: Amandastr. 58, 2 HH 50
Jäpa: Wohlwillstr. 22, Hinterhof, 2 HH 36
Klausstraße: Klausstr. 12-16, 2 HH 50
KSK: Kleiner Schäferkamp 46, 2 HH 36
LIZ-Libertäres Zentrum: Lagerstr. 27, 2 HH 36, Tel.: 4301396
Rote Flora: Schulterblatt 71, 2 HH 36, Tel.: 4395413
Schwarzmarkt: Kleiner Schäferkamp 46, 2 HH 36, Tel.: 446095
Störtebecker: Bernhardt Nocht Str., 2 HH 36
Tante Hermine, Hafen Vokü, Ahoi: Hafenstraße, Turm, Bergiusstr. 12, 2 HH 50

„Zecken an die Macht"

lr Lüchow. Narrenhände beschmieren Tisch und Wände – beispielsweise die des Lüchower Gymnasiums: Dort haben unbekannte Täter in der Nacht zum Freitag zwei Sprüche gesprüht: „Zecken an die Macht" und „Nazis raus".

VOKÜPLAN

Mo: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
20.00 Jäpa (vegan)
Di: 19.30 Hafen
20.00 B 5 (vegetarisch, 14-tägig)
Mi: 19.30 Hafen
20.00 Klausstr. (vegetarisch)
Do: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
Fr: 19.00 Flora (vegetarisch)
19.30 Hafen
20.00 Turm (vegetarisch)
So: 19.00 Flora (vegan , 14-tägig)
19.30 KSK (vegan, 14-tägig)

DIENSTLEISTUNGEN:

LIZ: Di ab 19.00: Kneipe und Cafe
B 5 : Mi: Hörbar
Fr: Kneipe
Döse: Sa: Kneipe

Wichtige Information!

An alle GegnerInnen des Kapitalistischen Systems: Genossinen und Genossen, Brüder und Schwestern,Völker der Welt.
Die Zeit ist reif!
Noch länger auf die Revolution warten? Unterdrückung und Ausbeutung weiter dulden?Am Ende gar resignieren?
Warum?!??!!!
Am 1.Mai 1994 ist es endlich soweit:
WELTREVOLUTION!
Die kapitalistische Gesellschaftsordnung muß endlich durch eine gerechtere, sozialere, freiere ersetzt werden!
Sorgt dafür, daß die Nachricht überall(d.h. weltweit) Verbreitung findet; verfielfältigt diese Nachricht, schreibt eigene, plakatiert, sendet, mobilisiert, was das Zeug hält, denn: GEMEINSAM SIND WIR STARK!



STADTTEILPLENUM SCHANZENVIERTEL

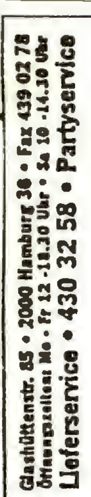
Die Zeit ist reif
- zur Perspektive des Stadtteilplenums Schanzenviertel

Seit nun fast einem Jahr trifft sich regelmäßig das Stadtteilplenum Schanzenviertel. Ursprüngluich ging es den VertreterInnen sowie autonomer als auch professionell-sozialarbeiterischer Projekte darum, sich eine gemeinsame Strategie gegenüber der Plänung der SPD zu erarbeiten.
Die zu sog. "Sozialen Brennpunkten" definierten Stadtteile St. Pauli Nord und Süd und das Karoviertel sollten Beteiligungsgremien erhalten, die der Stegtradition folgend, Initiativen im Stadtteil binden, kanalisieren und BewohnerInnen eine Spielwiese zum Abreagieren geben sollten.
Die Spaltung der Gruppen und Projekte lag wieder im Raum, war das Konzept "Soziale Brennpunkte" doch mit reichlich Geld ausgestattet um fügsame Projekte / Gruppen belohnen zu können. Inzwischen sind St. Pauli Nord und Süd aus den Brennpunktsplanungen herausgeschmissen worden.
Brennpunkt hin, SPD her - die Notwendigkeit eines "schlagkräftigen" Stadtteilplenums ist nach dem Rausschmiß noch gewachsen. Ideologische Stellungskämpfe zwischen vermeidlich unpolitischen Sozialprojekten und überzogen dogmatischen Gruppen können wir uns bald nicht mehr leisten.
Ging es der SPD 4/92 noch darum, "unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensverhältnisse in diesen Vierteln konkret spürbar und sichtbar zu verbessern und somit das Vertrauen der Menschen in die problemorientierte Handlungsfähigkeit der Politik widerzuerlangen", sich also noch an den jetzigen BewohnerInnen des Viertels zu orientieren, so wartet sie jetzt darauf, bis ihre Umstrukturierung soweit fortgeschritten ist, das genügend Menschen in den Vierteln wohnen mit denen SPD-Politik gemacht werden kann.
Anscheinend standen die Investitionen in keinem Verhältnis zu den WählerInnenstimmen, die hinzukommen könnten.
Kalt hat's die SPD nun aber erwischt - nur knapp 4 Monate Zeit um den Menschen in der Stadt bis zur Wahl wieder die Augen zu verwischen! Zeit für UNS wieder in die Offensive zu gehen !
Die Analyse der Situation des Stadtteilplenums ist abgeschlossen. Sie ist beschissen - und das überall !
Differenzierungen zwischen Projekten und Gruppen, welche mehr oder weniger schlimm von der Stadtplanung und der Demontage des Sozialsystems betroffen sind werden überflüssig.
Aufklärung über Gefahren von Groß-Prestige Objekten, die Funktion von STEG, STEB und Runden Tischen kann abgeschlossen werden, da es alle geschnallt haben.
Jetzt ausschließlich an den Teilaspekten weiterzureden führt zwangsläufig in die Sackgasse, da damit an der Hoffnung festgehalten werden könnte, Entwicklung würde sich doch nach fachlichen, humanitären und/oder logischen Gesichtspunkten vollziehen, wäre die Analyse der Probleme nur gut oder stichhaltig genug. Es geht um Rendite und dann noch vielleicht noch um ein bisschen Wahlkampf.

Es könnte also losgehen, stände den SozialarbeiterInnen der Sozialprojekte nicht der Grundsatz im Wege, nichts zu machen, wenn sich ihre "Klientel" nicht auch engagiert.
Wir finden es OK allein anzufangen, wenn die Initiativen das nötige Vertrauen zueinander haben.

Meines Erachtens könnte bei den vertretenen Gruppen davon ausgegangen werden, daß die Lebensqualität der BewohnerInnen über das eigene Themenfeld und Projekt hinaus, im Mittelpunkt steht. Insofern geht es jetzt auch nicht darum, einzelne Mißstände herauszugreifen, sondern sich eine Position zu verschaffen, an der nichts mehr vorbei entschieden werden kann.
Die Leute, die hier leben und arbeiten sind die Fachleute der Stadtplanung - nicht Müller und ihr größter Runder Tisch der Welt!
Die Wahlkampfzeit wollen wir nutzen, uns durch möglichst spektakuläre Aktionen bekannt und unentbehrlich zu machen.
Vielleicht schon am 28./29. Juni, beim europaweiten Tag der Wohnungslosen !?
Beim nächsten Stadtteilplenum wird darüber gesprochen werden...
Der Termin ist Donnerstag, 10. 6. 19.30 Uhr, Haus für Alle, 3. Stock

Eine Einzelperson





Schanzenstern

ÜBERNACHTUNGS UND GASTHAUS GMBH

UNTER HAMBURGS STERNEN SCHLAFEN, OHNE ASTRONOMISCHE SUMMEN ZU BEZAHLEN........

53 Betten in Ein-,Zwei- und Vier-Bett-Zimmern.

Behindertengerechte Duschen und Toiletten.

Gruppenraum von 30 qm.

Restaurant / Cafe im Erdgeschoß.

Frühstücksbuffet

Bartelsstr.12 2000 Hamburg 36
Tel. 040/ 4398441



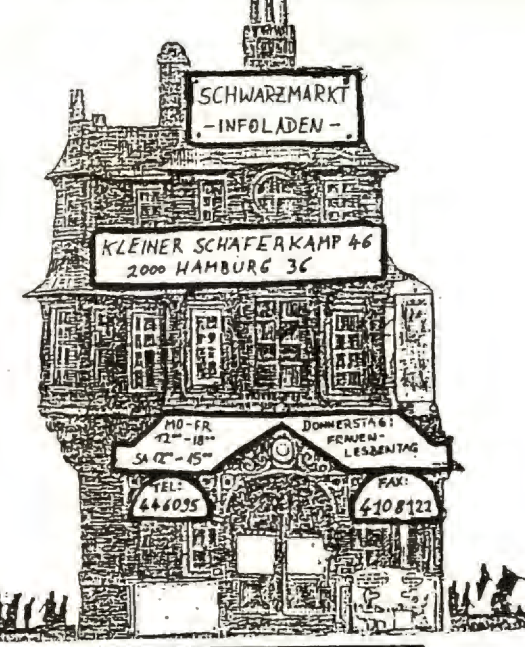


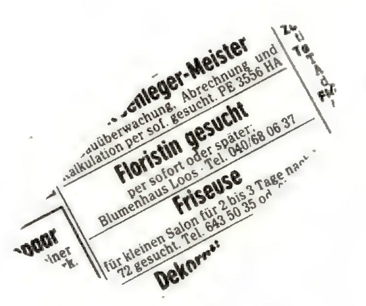


Wir drucken im Siebdruck ab einer Auflage von 5 Stck. Eure Motive schnell, günstig und bunt auf erstklassige T-Shirts, Sweat-Shirts und Stoffe aller Art.

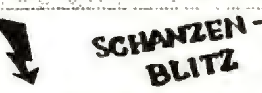
Tel.: 390 67 46



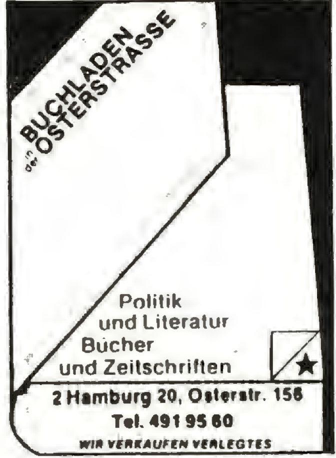




KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL



Normalkopie 10 Pfennig
Laser Farbkopien,
Telefaxservice, Zauberartikel,
Schreibwaren
Nacht und Wochenend
Notdienst, nach Absprache
Bartelsstrasse 21
2000 Hamburg 36
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo Fr 9 18.30 Uhr
Sa 10 14 Uhr







Der Ermittlungsausschuß Hamburg hat eine neue Telefonnummer

430 58 92
Zusätzliche Sprechzeit bzw. Kontakt :
Montags von 12.00 - 18.00 Uhr im Schwarzmarkt

VOLL SCHOKKER
IN VIER FARBEN
12,-

Rote Flora Spendenaufruf

Zum Sommer wollen wir unsere Terrasse und Volxküche renovieren. Ideen sind jede Menge vorhanden - aber es fehlen **dringend Geld + Material:**

Sachspenden: Gartenmöbel, Caféstühle und Tische, Fußbodenfliesen, Fußboden 22 o. 28mm Stärke, Dachlatten, Kanthölzer 2,5 / 0,1/0,1m, Bauwinkel 10er, Balkenschuhe 10er, Bolzen 10/80mm mit Sechskant, Sack Keile, Moniereisen 6m, Durchmesser 15mm, Fußbodenfliesen unter ☎ 4 39 69 59

Geldspenden: Flora e.V. an:
Postgiroamt Hamburg
KtoNr. 294 92 - 202 · Stichwort: Vokü

Für einen heißen Sommer auf der Flora-Terrasse!



Hamburger Mieterverein e.V.

Miethaie zu Fischstäbchen!

Beratungsstellen in:
Barmbek, Eimsbüttel, Ottensen
Schanzenviertel, St. Georg

4 39 55 05, 4 39 15 05
2000 Hamburg 36 · Bartelsstraße 30

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL

c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 08
FAX 040/43 38 11

KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59
2000 HAMBURG 36
TEL. 040/430 08 88
SPIELE 040/439 68 32
FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30– 18.30 Uhr, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

